Es gilt das gesprochene Wort

Rede zur Einbringung des Haushalts 2027 der Stadt Speyer

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrter Kollege, sehr geehrte Kollegin des Stadtvorstandes,
sehr geehrte Mitarbeitende der Stadtverwaltung,
liebe Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Speyer,

die Meldungen über die Finanzsituation der Städte und Gemeinden deutschlandweit überschlagen sich. Wir alle stehen unter erheblichem finanziellem Druck. Die Kostensteigerungen betreffen vor allem soziale Leistungen, Personal und gesetzliche Aufgaben. Hinzu kommen höhere Bau- und Unterhaltungskosten sowie wachsende Zinsbelastungen. Diese Entwicklung trifft uns ebenso wie die Bevölkerung insgesamt. Die Einnahmen können vielerorts nicht Schritt halten. Auch nicht in Speyer, obwohl wir eine der höchsten Gewerbesteuereinnahmen verzeichnen dürfen. Die kommunale Ebene rutscht deshalb deutlich ins Minus – aber nicht, weil wir schlecht wirtschaften oder nicht sparen, sondern weil wir immer schwierigeren Rahmenbedingungen ausgesetzt sind.

Nach unserem derzeitigen Planungsstand weist der Ergebnishaushalt ein Defizit von rund 28,4 Millionen Euro aus. Eine Zahl, die uns deutlich vor Augen führt, wie kritisch die finanziellen Spielräume unserer Stadt inzwischen geworden sind

und wie herausfordernd es ist, unsere vielfältigen kommunalen Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in Einklang zu bringen.

Fakt ist: Wir haben Herausforderungen, die wir nicht allein verursacht haben und auch nicht allein lösen können. Wir haben aber ebenso Gestaltungsmöglichkeiten, die wir nutzen müssen, und eine Verantwortung gegenüber den Menschen in Speyer, der wir gerecht werden wollen.

Deshalb geht es bei diesem Haushalt nicht allein darum, ein Defizit zu beschreiben. Es geht vielmehr darum, zu erklären, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist, welche Konsequenzen sich daraus ergeben und vor allem, wie wir gemeinsam dafür sorgen können, dass Speyer auch unter diesen finanziellen Rahmenbedingungen handlungsfähig bleibt. Ein Blick auf die vergangenen Haushaltsjahre zeigt, wie deutlich sich die Situation zugespitzt hat. Bei der Einbringung des Haushalts 2025 lag das geplante Defizit bei rund 5,9 Millionen Euro. Im Haushalt 2026 waren es rund 19 Millionen Euro. Für das kommende Jahr müssen wir nun mit einem Fehlbetrag von rund 28,4 Millionen Euro planen.

Und dennoch müssen wir weiterhin in unsere Infrastruktur, unsere Schulen und Gebäude sowie in die Zukunft unserer Stadt investieren. Denn die Jahrzehnte, in denen wir zu wenig in die öffentliche Infrastruktur investiert haben, zeigen heute ihre Folgen: desolate Schultoiletten, sanierungsbedürftige Brücken, Straßen und Gebäude. Der Investitionsstau ist enorm.

Aus diesem Grund planen wir auch im kommenden Jahr im investiven Bereich mit Auszahlungen in einer ähnlichen Größenordnung wie im Vorjahr, nämlich rund 25 Millionen Euro. Unter Berücksichtigung der Einnahmen aus Förderprogrammen und der vorgesehenen Tilgungen ergibt sich daraus eine

Nettoneuverschuldung von rund 15 Millionen Euro. Uns geht es darum, trotz herausfordernder Rahmenbedingungen nicht nur den Mangel zu verwalten, sondern die Zukunft unserer Stadt aktiv zu gestalten.

Der Blick auf die mittelfristige Finanzplanung zeigt allerdings, dass uns die strukturelle Unterfinanzierung unserer kommunalen Aufgaben auch in den kommenden Jahren beschäftigen wird. Wir dürfen uns deshalb nicht daran gewöhnen, dass hohe Defizite zum Normalzustand werden. Es kann nicht unser Anspruch sein, Jahr für Jahr einen Haushalt vorzulegen, der die tatsächlichen finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt übersteigt. Ein dauerhaftes Defizit bleibt schließlich nicht einfach eine Zahl im Haushaltsplan. Es schränkt unsere Handlungsmöglichkeiten ein, bindet finanzielle Ressourcen und bringt die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr. Und genau das müssen wir verhindern. Denn kommunale Selbstverwaltung bedeutet nicht nur, dass wir Entscheidungen treffen dürfen, sondern auch, dass wir finanziell in der Lage sein müssen, diese tatsächlich umzusetzen.

Das Vorhaben des Bundes, künftig die auf uns Kommunen übertragenen Aufgaben mit 80 Prozent zu refinanzieren, ist eine Farce. Denn wenn Sie und ich zum Bäcker gehen, können wir auch nicht einfach sagen, dass wir für das Brötchen nur 80 Prozent bezahlen. Wir müssen erwarten können, dass Bund und Land verstehen, dass Konnexität eine vollständige finanzielle Erstattung von 100 Prozent bedeutet. Nur mit dieser Erkenntnis wird es gelingen, die desaströse finanzielle Lage der Kommunen nachhaltig zu stabilisieren. Wer Aufgaben überträgt und Standards vorgibt, muss auch die Verantwortung für deren Finanzierung übernehmen.

Wie stark die Kosten steigen, zeigt sich beispielsweise bei der Hilfe zur Pflege. Die Ausgaben der Stadt Speyer sind dafür zwischen 2021 und 2025 von rund 3,8 auf rund 5 Millionen Euro gestiegen. Das ist ein Zuwachs von etwa 32 Prozent. Gründe dafür sind vor allem steigende Pflege- und Einrichtungskosten. Die Pflegeversicherung übernimmt davon nur einen Teil. Wenn Menschen die verbleibenden Beträge nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bezahlen können, muss die Stadt mit Leistungen der Hilfe zur Pflege einspringen.

Auch die geplante Reform der Pflegeversicherung gibt Anlass zur Sorge. Der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht für Länder und Kommunen zusätzliche Ausgaben bei der Hilfe zur Pflege vor. Wir brauchen eine Reform, die Pflegebedürftige und ihre Angehörigen entlastet und die Finanzierung der Pflege verlässlich regelt. Sie darf nicht dazu führen, dass Städte und Gemeinden noch stärker unter finanziellen Druck geraten. Deshalb ist ein ehrlicher Blick darauf, welche Standards tatsächlich notwendig, welche Regelungen in der Praxis umsetzbar sind und wo wir Verfahren vereinfachen können, ohne die Qualität der Leistungen für die Menschen zu verschlechtern, unabdingbar.

An dieser Stelle möchte ich bewusst den Blick über unsere Stadtgrenzen hinaus richten. Denn die Situation, vor der wir in Speyer stehen, ist kein Einzelfall. Die bundesweiten Zahlen zeigen ebenso, dass wir es mit einem strukturellen Problem zu tun haben: Die Ausgaben, insbesondere im Sozial- und Personalbereich, steigen erheblich, während die Einnahmen nicht im gleichen Maße wachsen und die Kommunen bei vielen Aufgaben nur begrenzte eigene Gestaltungsmöglichkeiten haben. Das ist eine auf die Kommunen abgewälzte Unmöglichkeit der Dinge. Darauf weisen die kommunalen Spitzenverbände seit

Jahren hin. Auch wir haben deshalb immer wieder geprüft, wie wir effizienter werden und unsere Finanzsituation eigenständig verbessern können. Mit der Gründung des Konsolidierungsstabs nehmen wir unsere Bereiche nun noch einmal gezielt unter die Lupe.

Mir ist dabei besonders wichtig, dass wir nicht einfach nur feststellen, wo Geld ausgegeben wird, sondern uns intensiv mit der Frage beschäftigen, welche Leistungen dahinterstehen und welche Folgen es hätte, wenn wir Ausgaben reduzieren oder vollständig streichen. Denn eine Einsparung ist nicht automatisch eine wirtschaftliche Verbesserung. Wir wollen der nachfolgenden Generation weder einen Schuldenberg noch eine marode Infrastruktur hinterlassen, wie wir sie vielerorts geerbt haben. Denn eine handlungsfähige Kommune ist kein Luxus, sondern eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass unser Staat vor Ort funktioniert.

Neben den strukturellen Belastungen müssen wir uns auch mit der Entwicklung unserer Einnahmen beschäftigen. Speyer verfügt über eine starke wirtschaftliche Basis. Unsere Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, bilden aus, investieren und leisten einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung unserer Stadt. Wir haben vergleichsweise hohe Gewerbesteuereinnahmen, obwohl unser Gewerbesteuerhebesatz im Vergleich zu vielen anderen Städten moderat ist. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass Speyer ein attraktiver Standort für Unternehmen bleibt. Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen, eine leistungsfähige Infrastruktur, gute Erreichbarkeit und eine Verwaltung, die wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht und nicht unnötig erschwert.

Umso schwerer wiegen die angekündigten Veränderungen bei MANN+HUMMEL und TE Connectivity. Innerhalb weniger Wochen wurde bekannt, dass zwei unserer großen Industriearbeitgeber ihre Produktion am Standort Speyer aufgeben beziehungsweise verlagern wollen. Nach den vorliegenden Ankündigungen sind insgesamt rund 1.230 Industriearbeitsplätze betroffen. Hinter diesen Zahlen stehen Menschen. Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten in diesen Unternehmen arbeiten, Familien haben, Verantwortung tragen und deren berufliche Perspektive nun plötzlich infrage gestellt ist. Und wenn große Produktionsstandorte wegfallen, hat das Auswirkungen auf Zulieferer, Dienstleister, Gastronomie, Einzelhandel und die Kaufkraft. Natürlich müssen wir uns auch fragen, welche Folgen das für unsere künftigen Gewerbesteuereinnahmen haben kann. Wir wissen heute noch nicht abschließend, wie sich die steuerlichen Auswirkungen entwickeln werden. Aber wir dürfen auch nicht so planen, als seien unsere heutigen Einnahmen für die kommenden Jahre selbstverständlich gesichert. Der Stadtrat hat auf diese Entwicklungen mit einer einstimmigen, fraktionsübergreifenden Resolution reagiert und sich an die Seite der Beschäftigten und der Industriestandorte gestellt. Dafür danke ich Ihnen. Gleichzeitig müssen wir uns damit beschäftigen, wie wir unseren Wirtschaftsstandort langfristig stärken und neue Perspektiven schaffen können. Doch eine zusätzliche Belastung unserer Unternehmen durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer ist dabei nicht mein Ansatz.

Wir haben bereits im September für das laufende Haushaltsjahr eine haushaltswirtschaftliche Sperre für die Stadtverwaltung verhängt. Das war angesichts der finanziellen Entwicklung kein leichter, aber ein notwendiger

Schritt, um die Ausgaben noch genauer in den Blick zu nehmen und vermeidbare zusätzliche Belastungen zu verhindern. Haushaltsdisziplin beginnt schließlich nicht erst mit dem Beschluss eines neuen Haushalts, sondern jeden Tag bei der Bewirtschaftung der vorhandenen Mittel. Unser Ziel muss bleiben, mit diesen möglichst viel für Speyer zu erreichen. Lassen Sie mich deshalb einen kurzen Überblick über die einzelnen Bereiche geben:

Unsere kommunalen Tochterunternehmen sorgen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, den Ausbau der digitalen Infrastruktur und vor allem für bezahlbaren Wohnraum. So haben beispielsweise die Stadtwerke Speyer in diesem Jahr 1,5 Millionen Euro an uns ausschütten können. Diesen Beitrag planen wir auch für 2027 erneut ein. Und die GEWO plant in den kommenden Jahren in Speyer-Nord weiteren Wohnraum voranzubringen.

Denn Speyer braucht in den kommenden Jahren weiteren Wohnraum. Unser Wohnungsmarktkonzept zeigt, dass bis 2040 rund 1.620 zusätzliche Wohnungen benötigt werden. Dabei geht es insbesondere um bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum. Wir tragen die Verantwortung, dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen: Flächen zu entwickeln, Planungsrecht zu schaffen und die notwendige Infrastruktur vorzubereiten. Jetzt geht es darum, die vereinbarten Maßnahmen Schritt für Schritt umzusetzen. Dazu gehören ein Bebauungsplan für das Normand-Gelände und die Prüfung zusätzlicher Wohnungen durch Gebäudeaufstockungen.

Für diese Schlüsselprojekte haben wir eine Förderzusage in Höhe von 161.750 Euro erhalten. Und ein weiterer wichtiger Schritt ist die neue Servicestelle Wohnungsbaukoordination. Sie soll Bauvorhaben besser begleiten, Hemmnisse abbauen und insbesondere dabei helfen, leerstehenden Wohnraum wieder nutzbar zu machen. Dafür erhalten wir vom Land Rheinland-Pfalz eine Förderung von knapp 224.000 Euro. Das ist eine wichtige Unterstützung, um im kommenden Jahr die Zweckentfremdungssatzung zu verlängern. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten des sogenannten Bauturbos nutzen, um geeignete Wohnungsbauvorhaben schneller auf den Weg zu bringen. Entscheidend ist, dass wir vorhandene Potenziale besser ausschöpfen, neue Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und dabei eine verantwortungsvolle, klimaangepasste Stadtentwicklung im Blick behalten.

Denn Hitze, Starkregen und hohe Temperaturen in der Stadt beschäftigen uns schon heute. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass Speyer mit den Folgen des Klimawandels besser umgehen kann. Die kommunale Wärmeplanung soll den Ausbau erneuerbarer Energien mit einer langfristigen Planung zur Verringerung der Treibhausgasemissionen verbinden.

Auch in unseren Kindertagesstätten setzen wir uns intensiv mit den Herausforderungen zunehmender Hitzeperioden auseinander. Gemeinsam haben wir einen Hitzeschutzplan für unsere elf kommunalen Kindertagesstätten erarbeitet, aus dem im kommenden Sommer die ersten Maßnahmen erfolgen werden. Doch dabei wollen wir nicht stehen bleiben: Mittel- bis langfristig sollen auch bauliche und technische Verbesserungen sowie eine gezielte Begrünung der Außengelände mehr Schatten schaffen und die Temperaturen nachhaltig

reduzieren. Damit investieren wir ganz konkret in die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer Kinder sowie in die Qualität unserer frühkindlichen Betreuungsangebote. Dies gilt anschließend ebenso für unsere Schulen und öffentlichen Gebäude.

Was uns zum Ganztagsförderungsgesetz bringt, durch das wir die Betreuung an unseren Grundschulen weiter ausbauen. An allen Speyerer Grundschulen halten wir ergänzende Betreuungsangebote vor und haben auch die Ferienbetreuung bedarfsgerecht weiterentwickelt. Denn der gesetzliche Rechtsanspruch muss nicht nur während der Schulzeit, sondern auch in den Ferien verlässlich erfüllt werden. Mit dem schrittweisen Ausbau des Rechtsanspruchs auf die Klassenstufen 2 bis 4 rechnen wir in den kommenden Jahren mit einer steigenden Nachfrage. Das stellt uns auch finanziell vor wachsende Herausforderungen. Umso unverständlicher ist es, dass die dafür vorgesehenen Bundesmittel bislang nicht bei den Kommunen angekommen sind. Hintergrund ist ein Dissens zwischen Land und Kommunen über den Umfang der Weiterleitung der Bundesmittel durch das Land. Für Speyer geht es dabei in den Jahren 2026 bis 2029 um rund 1,5 Millionen Euro. Wir erwarten, dass die Mittel bei den Kommunen ankommen. Denn wer gesetzliche Ansprüche schafft, muss auch für eine verlässliche Finanzierung sorgen.

Und damit die Schulen mit den Anforderungen des Schulalltags Schritt halten können, entwickeln wir ihre Gebäude weiter. Für Investitionen in unsere Schulen sind im Haushalt 2027 rund 2,5 Millionen Euro vorgesehen. Davon sind allein 1,3 Millionen durch das Sondervermögen gedeckt. Die Stadt Speyer kann im

Förderzeitraum auf insgesamt auf Mittel in Höhe von 40,1 Mio. € zurückgreifen. Diese sollen insbesondere für Investitionsvorhaben in den Bereichen Bevölkerungsschutz, klimaresiliente Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Digitalisierung eingesetzt werden.

Eine zentrale Aufgabe unserer Stadt ist es, gute Lebensbedingungen für Menschen aller Generationen zu schaffen. Hierbei gibt uns auch unser Seniorenbeirat wichtige Hinweise. Mit der Eröffnung des neuen Jugendcafés in Speyer-Nord haben wir dafür gerade einen wichtigen Schritt gemacht. Auch in Speyer-Süd wollen wir einen solchen Treffpunkt schaffen. Die Planungen am ursprünglich vorgesehenen Standort am Kirschweg haben sich aufgrund von Bodenbelastungen jedoch verzögert. Deshalb prüfen wir verschiedene Optionen. Für das Jugendcafé stehen Fördermittel von bis zu 90 Prozent der förderfähigen Kosten in Aussicht.

Ein wichtiger Baustein für die Entwicklung des Stadtteils ist das Bund-Länder-Programm „Sozialer Zusammenhalt – Soziale Stadt“ in Speyer-Süd. Seit 2017 nutzen wir diese Förderung, um das Wohnumfeld aufzuwerten, Begegnungsorte zu schaffen und das Miteinander im Stadtteil zu stärken. Für das kommende Jahr haben wir eine Investition von ca. 1 Millionen vorgesehen.

Speyer ist auch eine Stadt mit vielfältigem Tourismus mit zwei UNESCO-Weltkulturerbestätten. Davon profitieren neben Hotels und Gastronomie auch der Einzelhandel. Wir begrüßen deshalb sehr, dass wir das Altpörtel wieder für

Interessierte öffnen konnten. Bislang haben 1.100 Gäste die 160 Stufen im Rahmen einer öffentlichen Führung oder individuellen Besuchs erklommen.

Speyer lebt auch von seinen vielfältigen Veranstaltungen. Sie bringen Menschen zusammen und bereichern das Leben in unserer Stadt – für die Speyererinnen und Speyerer ebenso wie für unsere Gäste. Dazu tragen externe Veranstalter mit Formaten wie dem Brezelfest oder dem Brazzeltag ebenso bei wie unsere städtischen Märkte und Feste. Damit wir auch für die zukünftige Generationen unsere Traditionsveranstaltungen sichern zu können, benötigen wir hier dringend einen runden Tisch mit dem Land, denn die Kosten für Sicherheit, Sanitätsdienste und GEMA steigen so massiv.

2027 erwartet uns ein abwechslungsreiches Programm: die Frühjahrs- und Herbstmesse, der Frühlings- und Bauernmarkt und ganz besonders das 50. Altstadtfest. Was durch gemeinsames Engagement möglich ist, hat auch der diesjährige Brezelfestumzug gezeigt, den unsere Mitarbeitenden gemeinsam mit dem Verkehrsverein auf die Beine gestellt haben. Und schon in wenigen Tagen eröffnen wir den 51. Weihnachts- und Neujahrsmarkt. Mein Dank gilt auch den Sponsorinnen und Sponsoren, die bereits im zweiten Jahr in Folge „Speyer leuchtet – Licht verbindet“ und damit eine neue 3D-Videomapping-Show ermöglichen.

Auch Kunst und Kultur prägen die Identität unserer Stadt. Sie ermöglichen Teilhabe, schaffen Begegnungen und leisten einen wichtigen Beitrag für unsere

Demokratie. Deshalb unterstützen wir neben unseren eigenen kulturellen Einrichtungen auch die freie Kulturszene mit städtischen Zuwendungen und Beratungsangeboten. Auch unsere Städtepartnerschaften fördern den kulturellen Austausch und ermöglichen persönliche Kontakte über Ländergrenzen hinweg. Mein Dank gilt allen Kulturschaffenden, Institutionen und den vielen ehrenamtlich Engagierten, die das kulturelle Leben in Speyer mitgestalten. Auch 2027 stehen besondere Ereignisse an, allen voran die Verleihung der Hans-Purrmann-Preise gemeinsam mit der Hans-Purrmann-Stiftung.

Zugleich steht uns mit der Halle 101 eine wichtige Aufgabe bevor: Wir müssen sie zunächst schließen, um sie zu einer ordnungsgemäßen Veranstaltungsstätte zu sanieren und langfristig als Kulturort für Speyer zu erhalten. Hier möchten wir konkretisieren, dass keine neuen Mittel im Haushalt vorgesehen sind, dies unterlag beim Pressegespräch einem Missverständnis.

Auch der Sport gehört für viele Menschen in Speyer zum Alltag. Unsere Sportvereine leisten dabei weit mehr als die Organisation des Trainings- und Wettkampfbetriebs. Dafür brauchen sie gute Rahmenbedingungen und zeitgemäße Sportstätten. Ein wichtiges Vorhaben für 2027 ist deshalb die Erarbeitung eines Sportstättenleitplans. Damit wollen wir den Bedarf erfassen und eine verlässliche Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Sportstätten schaffen. Eng damit verbunden ist die Förderung des Ehrenamts. Es ist eine wichtige Stütze unseres gesellschaftlichen Lebens – im Sport, in der Kultur, in der Jugend- und Sozialarbeit und in vielen weiteren Bereichen. Dieses

Engagement wollen wir weiterhin unterstützen und gute Bedingungen für diejenigen schaffen, die sich für andere einsetzen. Dies gilt auch für unsere engagierten Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen.

Doch werfen wir nun einen Blick auf unsere Innenstadt. Um diese lebendig zu halten, wird es neue Ansätze brauchen, denn wir müssen wieder stärker positiv für die Einkaufsstadt Speyer werben. Dafür ist auch eine größere Nutzungsvielfalt notwendig. Neben der Erfassung der Leerstände geht es uns vor allem um gute Qualität. Deshalb gilt es zu prüfen, ob eine mögliche Leerstandsabgabe Druck auf Eigentümer ausüben kann, die ihrer Verantwortung für eine lebendige Innenstadt derzeit nicht gerecht werden. Und für die Zukunft unseres Kaufhofes appellieren wir an die Eigentümer, dies einer nachhaltigen und qualitätvollen Nachnutzung zuzuführen.

Die Stadt Speyer wurde mit dem Fördergebiet „Kernstadt Mitte“ in das Bund-Länder-Städtebauförderprogramm „Wachstum und nachhaltige Entwicklung – Nachhaltige Stadt“ aufgenommen. Damit besteht die Möglichkeit, die klimaangepasste Entwicklung der Innenstadt über einen Zeitraum von zehn Jahren mit einem vorgesehenen Gesamtvolumen von bis zu 31 Millionen Euro und einem Fördersatz von 90 Prozent zu fördern. Die Umgestaltung des Postplatzes stellt dabei ein Initialprojekt dar. Die Entwürfe werden im nächsten Jahr vorliegen und sollen zukunftsweisend für weitere Platzgestaltungen sein. Für erste planerische Maßnahmen stellt das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2026 Fördermittel in Höhe von 300.000 Euro bereit. Für die Jahre 2027/2028 sind der Stadt weitere 600.000 Euro in Aussicht gestellt worden.

Das bringt uns zur Sauberkeit im öffentlichen Raum. Unsere Kolleginnen und Kollegen der Straßenreinigung haben in den vergangenen Jahren bereits viel erreicht und wichtige Verbesserungen umgesetzt. All das muss auch finanziert werden und so müssen wir uns auch mit notwendigen Gebührenerhöhungen beschäftigen, die teilweise leider zuletzt vor Jahrzehnten angepasst wurden. Gegen illegale Müllablagerungen müssen wir künftig noch konsequenter vorgehen. Unser Ziel ist es, Verschmutzungen schneller zu beseitigen und Verursacher stärker in die Verantwortung zu nehmen.

Auch unsere Verkehrsinfrastruktur wird weiterentwickelt, um den unterschiedlichen Anforderungen von Auto-, Rad- und Fußverkehr gerecht zu werden. In den kommenden Jahren stehen dafür wichtige Maßnahmen an. Wir werden Straßen wie die St.-German-Straße erneuern und weitere Straßenzüge, darunter die Landauer Straße sowie die Stübergasse und das Halbe Dach, schrittweise modernisieren. Gleichzeitig wollen wir die Bedingungen für den Radverkehr verbessern, beispielsweise im Bereich der Geibstraße, und mit dem barrierefreien Ausbau des ZOB auch den öffentlichen Nahverkehr stärken. Ein besonderes Augenmerk legen wir darauf, notwendige Bauarbeiten gut aufeinander abzustimmen. Mit gezielten Maßnahmen und einem kontinuierlichen Einsatz für die Straßenerhaltung wollen wir dafür sorgen, dass unsere Verkehrsinfrastruktur zuverlässig und sicher bleibt sowie einem neuen Parkleitsystem in den nächsten Jahren für zielgerichtete Verkehrsflüsse.

Den Menschen Sicherheit zu geben, gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Stadt. Unsere Feuerwehr sowie der Zivil- und Katastrophenschutz müssen

jederzeit gut aufgestellt und einsatzfähig sein. Angesichts zunehmender Naturkatastrophen, Cyberangriffe und der veränderten Sicherheitslage in Europa gewinnt diese Aufgabe weiter an Bedeutung. Mit dem Neubau des Feuerwehrhauses setzen wir diesen Weg konsequent fort. Dafür werden wir in den kommenden Jahren bis zu 40 Millionen Euro bereitstellen. Gleichzeitig wollen wir die Bevölkerung besser auf Krisensituationen vorbereiten. Deshalb werden wir den Bevölkerungsschutztag weiterentwickeln und unsere Aufklärungsarbeit intensivieren.

Sicherheit bedeutet aber auch, dass sich die Menschen im öffentlichen Raum wohl und sicher fühlen können. Deshalb stärken wir die Präsenz unseres Kommunalen Vollzugsdienstes im gesamten Stadtgebiet. Mit der Geschwindigkeitsüberwachung kontrollieren wir gezielt vor Schulen, in Wohngebieten und an besonders sensiblen Stellen – auch bis in die späten Abendstunden. Bei durchschnittlich rund 8.600 gemessenen Fahrzeugen pro Monat steht dabei eines im Mittelpunkt: Nicht die Einnahmen, sondern die Sicherheit der Menschen auf Speyers Straßen.

Ein weiteres wichtiges Thema für uns ist die Rückkehr der Bundeswehr nach Speyer. Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa ist die Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit von großer Bedeutung. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass die Bundeswehr an ihren früheren Standort in der Kurpfalz-Kaserne zurückkehrt. Dabei war für uns von Anfang an klar: Wir unterstützen diesen sicherheitspolitisch notwendigen Schritt, vertreten aber zugleich selbstbewusst die Interessen unserer Stadt. Gleichzeitig bleibt für das

sogenannte Polygon-Gelände eine zivile Entwicklungsperspektive erhalten. Damit schaffen wir Klarheit für den Standort und verbinden die sicherheitspolitischen Erfordernisse mit den Entwicklungsperspektiven unserer Stadt. Wir werden den weiteren Übergang eng begleiten und darauf achten, dass die mit uns vereinbarten Perspektiven für Speyer auch tatsächlich umgesetzt werden.

An dieser Stelle möchte ich ganz bewusst über diejenigen sprechen, die in den vergangenen Wochen und Monaten ganz besonders gefordert waren: unsere Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Die internen Haushaltsberatungen waren auch in diesem Jahr herausfordernd. Sie waren hart und ernüchternd, und ich weiß, dass sie für alle Beteiligten alles andere als einfach waren. Mir ist bewusst, dass die Veränderungen der vergangenen Jahre nicht für alle leicht waren. Gerade diejenigen, die schon lange in unserer Verwaltung arbeiten, erinnern sich noch an Zeiten, in denen vieles möglich war, was heute nicht mehr denkbar wäre. Manche erinnern sich vielleicht noch an einen Elefanten, der die Maximilianstraße hinuntergeritten wurde.

Die Stadtverwaltung hat sich von manchen gewachsenen Gewohnheiten verabschiedet, Strukturen verändert, Ausgaben hinterfragt und Standards neu definiert. Wir haben uns von vielem getrennt, was nicht mehr zu einer modernen und verantwortungsvoll wirtschaftenden Stadtverwaltung passt. Wenn wir über die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sprechen, müssen wir auch über Personal und Personalkosten sprechen. Sie machen einen erheblichen Anteil unseres Haushalts aus. Deshalb müssen wir uns fragen, ob unsere Strukturen effizient sind, ob wir Aufgaben besser organisieren können und wo

sich Prozesse vereinfachen lassen. Für den Stellenplan 2027 haben wir eine Mehrung von 4,65 Stellen aufgenommen. Der Schwerpunkt dabei liegt im Bereich der Feuerwehr. Zudem lösen wir einige Stellen, z.B. im Bereich der Afa auf.

Außerdem sind wir aktiv dabei uns im Bereich des Gebäudemanagements effizienter aufzustellen. Personell und organisatorisch. Unser erstes Ziel muss sein, überall die angefangen Brandschutzmaßnahmen ordnungsgemäß fertigzustellen und die Gefahrenverhütungsschauen abzuarbeiten. Dies bedeutet, dass wir im Einzelfall längere Schließzeiten in Kauf nehmen müssen und dass wir uns viel stärker auf verlässlich umsetzbare Projekte, realistischere Zeit- und Kostenplanung fokussieren müssen. Keine tausend Projekte überall anfangen, sondern Prioritäten fertigstellen für eine stärkere Transparenz, verlässlichere Budgetplanung und realistischere Zeitplanung.

Ein wichtiger Baustein ist dabei die Digitalisierung. Auch hier wollen wir durch organisatorische Änderungen, die Synergien besser heben und schlagkräftiger in die Umsetzung gehen.

Sie sehen, wir werden unsere Strukturen weiterhin kritisch überprüfen, aber wir werden die Zahl unserer Mitarbeitenden nicht pauschal für die schwierige Finanzlage verantwortlich machen. Denn es sind gerade diese Menschen, die jeden Tag dafür sorgen, dass die Leistungen unserer Stadt erbracht werden.

Ein Thema ist mir bei all unseren Überlegungen besonders wichtig: unsere Demokratie und unsere Stadtgesellschaft. Demokratie findet nicht irgendwo

statt, sondern mitten unter uns: in unserem Stadtrat, in unseren Stadtteilen, in unseren Vereinen, in unseren Schulen und überall dort, wo Menschen sich einbringen, Verantwortung übernehmen und Speyer gemeinsam gestalten.

Demokratie vom Austausch, von unterschiedlichen Meinungen und manchmal auch von kontroversen Diskussionen. Aber sie lebt vor allem davon, dass wir trotz unterschiedlicher Positionen das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verlieren: das Beste für Speyer zu erreichen. Deshalb möchte ich an uns alle appellieren: Lassen wir uns bei aller Unterschiedlichkeit den Blick nach vorne nicht nehmen. Bewahren wir uns die Freude daran, etwas zu bewegen, Ideen zu entwickeln und gemeinsam Lösungen zu finden.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

mit dem Haushalt 2027 legen wir eine Planung vor, die unter ausgesprochen herausfordernden Bedingungen entstanden ist. Sie bildet ab, was wir uns finanziell leisten können, welche Verpflichtungen wir erfüllen müssen und wo wir trotz begrenzter Mittel Schwerpunkte setzen wollen. Wir haben in den vergangenen Monaten intensiv daran gearbeitet, die Ausgaben zu überprüfen, Einsparmöglichkeiten zu identifizieren und die vorhandenen Ressourcen möglichst sinnvoll einzusetzen. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Mit dem Konsolidierungsstab haben wir vielmehr eine Grundlage geschaffen, um unsere Strukturen und Abläufe künftig gemeinsam mit Ihnen weiterzuentwickeln. Dabei wird es darauf ankommen, nicht nur kurzfristig auf die Zahlen eines Haushaltsjahres zu schauen, sondern die finanziellen Auswirkungen unserer Entscheidungen auch langfristig im Blick zu behalten. Deshalb müssen wir sorgfältig abwägen, wo wir investieren, wo wir Prioritäten verändern und von

welchen bisherigen Vorstellungen wir uns verabschieden müssen. Dazu gehört auch, dass wir gegenüber Bund und Land weiterhin deutlich einfordern, dass die Kommunen für die Aufgaben, die sie erfüllen müssen, eine angemessene finanzielle Ausstattung erhalten.

Wir müssen uns aber immer bewusst sein, dass wir alle Verantwortung für dieselbe Stadt tragen und unsere Entscheidungen Auswirkungen auf die Menschen haben, die hier leben. Es geht nicht darum, dass wir immer einer Meinung sind. Es geht darum, dass wir miteinander um die besten Lösungen ringen, unterschiedliche Perspektiven ernst nehmen und am Ende demokratische Entscheidungen treffen, die nachvollziehbar sind und von denen wir überzeugt sein können, dass wir sie nach bestem Wissen und Gewissen getroffen haben.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Besonders danke ich der Kämmerei und ihrem Team, die die zahlreichen Anforderungen zusammengeführt und unter großem Einsatz einen Haushaltsentwurf erarbeitet haben. Ebenso danke ich dem Stadtvorstand, allen Fachbereichen und Stabsstellen, die ihre Planungen überprüft, Einsparvorschläge erarbeitet und die notwendigen Entscheidungen mitgetragen haben.

Mit der heutigen Einbringung machen wir den nächsten Schritt im Haushaltsverfahren. Wir legen Ihnen einen Haushalt vor, der die tatsächliche finanzielle Situation unserer Stadt abbildet und zugleich erkennen lässt, welche Aufgaben und Vorhaben wir für das Jahr 2027 vorsehen.

Vielen Dank.